

Bochumer Zeitung

Märkischer Sprecher



Rheinisch-Westfälisches Tageblatt
Amtliches Kreisblatt für Stadt und Landkreis Bochum

Druck: Buchdruckerei W. H. Stumpf, Kommanditgesellschaft Bochum.
Verlag: Märkischer Sprecher, G. m. b. H., Bochum, Geschäftsstelle: Dudenbergstr. 11, Fernsprecher 125.
Postfach 100 Dortmund Nr. 3695. Schriftleitung: Dudenbergstr. 4, Fernsprecher 3825.

Wiederdruck: In Bochum u. Umgebung monatlich 600.— M., (im voraus zahlbar) frei Haus, durch die Post bezogen monatlich 60.— M., mit Beilage, (einmal an allen Festtagen morgens).
Für auswärtige Abonnenten beträgt die Expeditionskasse 100.— M. (im voraus zahlbar).
— Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Auslieferung, Betriebsstörung hat der Abonnent keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung des Blattes oder auf Rückerstattung des Bezugspreises.
Kostenlose Unfall-Unterstützung von 2000 Mark gemäß unseren Bedingungen.

Anzeigenpreis: Im Verbreitungsbez. 10.— M., Familienanzeigen 8.— M., Stellenangebote 8.— M., außerhalb 15.— M., Finanzangelegenheiten 10.— M., für eine Seite 20.— M., Spaltenbreite im Verbreitungsbez. 77 mm breit für 100 M., für die Aufnahme von Anzeigen an vorgedruckten Stellen und Plätzen wird keine Gebühr erhoben. — Beilagengebühr nach Vereinbarung. — Bei Anzeigen, die die Einschickung von Briefen durch die Post in Kontursachen wird der gewöhnliche Briefsatz berechnet. — Ausnahme: Briefe von Anzeigen abends 7 Uhr, für größere nachmittags 4 Uhr.

Der neue Präsident der polnischen Republik.

TU. Warschau, 20. Dez. Die polnische Nationalversammlung hat heute zu einer Sitzung zusammen, um den Nachfolger für den ermordeten Staatspräsidenten zu wählen. Gewählt wurde der General und das der vereinigten Linksparteien, der Abgeordnete Wojciechowski (Wiosna) mit 208 gegen 287 Stimmen, die auf den Kandidaten der Rechten, dem Professor Kasimir Morawski, dem Präsidenten der Akademie für Wissenschaften in Krakau, entfielen.

Der neue polnische Staatspräsident war am 9. Dezember als Kandidat der Wiosna-Partei aufgestellt worden. Er ist ein bekannter Politiker, der während des Krieges in der polnischen Armee diente und nach der Wiederherstellung des polnischen Staates war er im Kabinett als stellvertretender Innenminister. Am 9. Dezember.

Wojciechowski ist ein intimer Freund des ehemaligen Staatspräsidenten Pilsudski, mit dem er zusammen Ende des vorigen Jahrhunderts die Revolution des Jahres 1918 leitete, um sich später der Generalkonferenz zu widmen. Zuerst als Journalist tätig, wurde er später der bürgerlichen Fronten zu, während des Krieges war er in Russland und nahm dort an politischen Leben der polnischen Parteien teil. Nach der Wiederherstellung des polnischen Staates war er im Kabinett als stellvertretender Innenminister. Am 9. Dezember.

Wojciechowski ist ein intimer Freund des ehemaligen Staatspräsidenten Pilsudski, mit dem er zusammen Ende des vorigen Jahrhunderts die Revolution des Jahres 1918 leitete, um sich später der Generalkonferenz zu widmen. Zuerst als Journalist tätig, wurde er später der bürgerlichen Fronten zu, während des Krieges war er in Russland und nahm dort an politischen Leben der polnischen Parteien teil. Nach der Wiederherstellung des polnischen Staates war er im Kabinett als stellvertretender Innenminister. Am 9. Dezember.

Wojciechowski ist ein intimer Freund des ehemaligen Staatspräsidenten Pilsudski, mit dem er zusammen Ende des vorigen Jahrhunderts die Revolution des Jahres 1918 leitete, um sich später der Generalkonferenz zu widmen. Zuerst als Journalist tätig, wurde er später der bürgerlichen Fronten zu, während des Krieges war er in Russland und nahm dort an politischen Leben der polnischen Parteien teil. Nach der Wiederherstellung des polnischen Staates war er im Kabinett als stellvertretender Innenminister. Am 9. Dezember.

Waffenabkündigung schon im Mai?

Die die Wehrkraft abgerufenen Verantwortlichen von der Deutsch-hannoverschen Partei im Reichstag. Die Wehrkraft abgerufenen Verantwortlichen von der Deutsch-hannoverschen Partei im Reichstag. Die Wehrkraft abgerufenen Verantwortlichen von der Deutsch-hannoverschen Partei im Reichstag.

Die abermalige Feuerzusage der Staatsarbeiter.

Die Spitzenorganisationen der Staatsarbeiter, die im Reichstag. Die Spitzenorganisationen der Staatsarbeiter, die im Reichstag. Die Spitzenorganisationen der Staatsarbeiter, die im Reichstag.

Die Spitzenorganisationen der Staatsarbeiter, die im Reichstag. Die Spitzenorganisationen der Staatsarbeiter, die im Reichstag. Die Spitzenorganisationen der Staatsarbeiter, die im Reichstag.

Warnung vor Ausföhrungen gegen Ausländer.

Amlich wird mitgeteilt: In letzter Zeit häufen sich die Beschwerden der hiesigen Vertreter fremder Staaten über eine unfreundliche oder gar feindselige Haltung einzelner Personen gegenüber den bei uns weilenden Ausländern. Dies gibt Veranlassung, auf die Folgen hinzuweisen, die Ausföhrungen gegen hiesige Ausländer für Deutschland nach sich ziehen können. Jeder sollte sich im Verkehr mit Fremden vergegenwärtigen, daß sein Verhalten die höchsten moralischen Allgemeinheit und unsere Handelsleute im Auslande in ernste Schwierigkeiten bringen kann.

Krankentassen und Verzte.

Die Verhandlungen zwischen den Krankentassen und den Verzten haben zu einer vorläufigen Einigung über die Honorarfrage geführt. Über die Frage der freien Verztehilfe konnte eine Einigung nicht erzielt werden. Anfang Februar soll unter Mitwirkung des Reichsarbeitsministeriums über den Feuerzusage verhandelt werden.

Die polnische Regierung hat an den Präsidenten des Reichstages ein Schreiben gerichtet, in dem sie den Standpunkt darlegt, von dem sie sich seitens der polnischen Regierung ableitet. Die polnische Regierung hat an den Präsidenten des Reichstages ein Schreiben gerichtet, in dem sie den Standpunkt darlegt, von dem sie sich seitens der polnischen Regierung ableitet.

Der amerikanische Sanierungsplan

Die Bedingungen Amerikas für die Januartagung.

TU. Washington, 20. Dez. Aus sicherer Quelle erfährt man, daß die Regierung der Vereinigten Staaten die Ansicht hat, die europäischen Großmächte zu Beginn des neuen Jahres einzuberufen, um einen letzten Versuch zu machen und einen endgültigen Reparationsplan aufzustellen. Die amerikanische Regierung sieht hierzu unter drei Bedingungen bereit:

1. Es soll eine offizielle Untersuchungskommission beauftragt werden, die genau festzustellen hat, unter welchen Bedingungen und bis zu welchen Grenzen Deutschland Reparationen zu zahlen imstande ist.
2. Wenn ein von den Bedürfnissen Deutschlands entsprechender Reparationsplan aufgestellt ist und die europäischen Regierungen sich darin geeinigt haben, dann können die Vereinigten Staaten und Amerika die Vericherung geben, daß die amerikanischen Parteien bereit sind, eine Anleihe aufzunehmen, und zwar zugunsten Deutschlands, damit es seine Schulden an die Alliierten bezahlen kann.
3. Außerdem würde die amerikanische Regierung bereit sein, eine Erwägung über eine Neuverteilung der alliierten Schulden Amerika gegenüber einzutreten, d. h., daß die Vereinigten Staaten bereit sein würden, den einzelnen Schuldner besondere Erleichterungen zu gewähren je nach dem Ergebnis besonderer von ihnen vorgeschlagener Prüfungen in den einzelnen Ländern.

Die „Times“ meldet aus Washington, von hoher amerikanischer Seite werde folgende Darstellung der amerikanischen Haltung gegenüber der europäischen Wirtschaft abgegeben:

1. Würde es vollkommen möglich sein, von einer internationalen Anleihe, die Deutschland zugute kommen würde, an der amerikanischen Kapitalgeber beteiligt sein könnten, zu sprechen, bevor die Reparationsfrage endgültig geregelt ist?

2. Die amerikanische Regierung sei nicht der Ansicht, daß die Frage der Schulden der alliierten Staaten an Amerika als ein Teil des Reparationsproblems angesehen werden sollte?

3. Die Vereinigten Staaten wünschten nicht und nähmen auch keineswegs an, daß irgendwo gehandelt werde, daß die Summe, die Deutschland zahlen sollte, in die Höhe gesetzt werde, die zu irgendwelchem Zweck, daß Deutschland geteilt werden sollte, sich seinen gerechten Verpflichtungen zu entziehen.

Nach dem Korrespondenten kann und will die amerikanische Regierung Rat erteilen und ihren Einfluß zur Geltung bringen, aber unter keinen Umständen werde sie irgendeine Aktion ergreifen, die die Übernahme irgendeiner Verantwortung in der für Europa bedeuten würde.

Dr. Washingtoner Wert hatte: des Beifalls Paris ist von den Möglichkeiten, die vom Staatsdepartement in Auge gefaßt seien.

Man muß die augenblickliche Zahlungsmöglichkeit Deutschlands durch eine Kommission feststellen, der am 1. Januar eine endgültige Angelegenheit, die nicht notwendigerweise offizielle Vertreter der amerikanischen Regierung zu sein brauchen.

Die Möglichkeit, daß die auf einem solchen Wege festgestellte Reparationssumme es gestattet, mit Hilfe der amerikanischen Bankiers und mit Billigung der amerikanischen Regierung eine internationale Anleihe aufzunehmen unter den Bedingungen, die im Bericht Morgans vom Juni d. J. enthalten seien.

Die Note stellt fest, daß die Resolution des Kongresses über die Auslieferung eines informativen Charakters gehabt hätte. Der Rat habe das Gutachten der Sachverständigen am 30. September zur Kenntnis genommen, ohne ihm die ihm zugehörigen Befugnisse zu geben. Die polnische Regierung lehne die Anerkennung des Gutachtens ab und erkläre, daß sie ihren bisherigen Standpunkt beibehalten wolle. Keiner der verbündeten Staaten ist durch den Vertrag verpflichtet, die von der preussischen oder deutschen Regierung abgeschlossenen Verträge zu übernehmen. Die Verurteilung auf militärische Gründe sei in diesem Falle nicht gerechtfertigt. Das Gutachten der Sachverständigen könne aus einer kritischen Betrachtung des Verfalls der Verträge hervorgegangen sein. Die polnische Regierung habe nicht die Möglichkeit, einen Weg zu beschreiten.

Der holländische Kredit an Deutschland.

Aus Amsterdam wird gemeldet: Gelegentlich einer Interpellation in der Kammer teilte der Finanzminister mit, daß von dem niederländischen Kredit für den Ankauf von Schiffen in Höhe von 140 Millionen Gulden bis zum 1. Dezember d. J. rund 30 Millionen Gulden in Anspruch genommen wurden. Von deutscher Seite werde seit einiger Zeit darauf gesehen, daß keine Kreditrückstände von solchen deutschen Industrieunternehmen

Wesentliche Bedingungen für diese Anleihe seien, daß sie auf Verlangen und zum Nutzen der Alliierten gemacht werde, daß Deutschland seine Finanzlage in Ordnung bringe und klar den Entschluß zum Ausdruck bringe, sich wieder aufzurichten.

Der Verlecherfater fügt hinzu, es sei keine Aussicht vorhanden, eine Wirtschaftskonferenz zusammenzubringen,

um zu gleicher Zeit die Reparationsfrage und die Frage der alliierten Schulden zu prüfen. Er gehe auch zu, daß Deutschland genehmigenfalls eine mögliche, kurzfristige Anleihe auf dem amerikanischen Markt erhalten könne.

Die Hauptaufmerksamkeit in den Vereinigten Staaten richte sich auf Frankreich und seine Haltung in der Reparationsfrage. Man erkläre, daß die vorgelegten Pläne und das Verlangen nach Herabsetzung der Reparationssumme nicht aus Vorliebe für Deutschland hervorgegangen sind und daß niemand von Frankreich die Annahme eines Betrages verlange, der hinter der Zahlungsfähigkeit Deutschlands zurückbleibe. Es sei wenig wahrscheinlich, daß die Angelegenheit jenseits des Ozeans eine neue Entwicklung nehme, bevor die Ergebnisse der Januartagung bekannt seien. Man sei der Ansicht, daß jetzt Europa, besonders aber Frankreich das Wort habe.

Frankreichs Widerstand.

„Manchester Guardian“ schreibt in einem Leitartikel, es sei ungewiß, ob Frankreich gegenüber bereits Vorstößen erhoben wurden oder nicht; es ist wahrscheinlich, daß der amerikanische Einfluß Polnare zwang, den Gedanken an die militärische Rettung des Ruhrgebietes aufzugeben. Es gibt jedoch noch andere Wege, das Land zu befreien als durch Soldaten. Es gibt Hunderte von imperialistischen Mitteln, mit denen Frankreich unter dem Vorwande von Garantien die Schlinge um Deutschlands Hals enger ziehen könnte.

Was geschieht mit der Güne-Million?

TU. Paris, 20. Dez. Die Deutscher für die Vorfälle in Jngosbad und Passau auferlegte Buße von einer Million Goldmark ist in Paris eingetroffen und hat dort einige Verlegenheiten hervorgerufen, da man eigentlich nicht recht weiß, was man damit anfangen soll. Der Wiederherstellungsausschuß hält sich nämlich nicht für befugt, das Geld anzunehmen. Wahrscheinlich wird man die Summe zwischen Frankreich und England teilen.

Die Berliner Wiederherstellungs-Verhandlungen.

TU. Berlin, 20. Dez. Die Sachverständigenberatung über die Wiederherstellungsfrage geht nach wie vor gruppenweise weiter. Das Finanzministerium behandelt die Frage mit Vertretern der Banken und der Industrie. Im Wirtschaftsministerium wird die Frage mit Vertretern des Handels, der Gewerkschaften und des Handels befaßt. Es steht fest, daß die Verhandlungen nicht mehr zu erwarten sind. In den Verhandlungen sind auch die Vertreter der Gewerkschaften geladen worden und zwar Vertreter dreier Gruppen. Die Werbung, daß der Bankier Melchior nach Paris gereist sei, um Verhandlungen über die Wiederherstellungsfrage zu pflegen, trifft nicht zu.

mungen gestellt wurden, die mit der holländischen Industrie in Wettbewerb stehen. Dies treffe namentlich für deutsche Zigarettenfabriken zu.

Rebellengericht in Dublin.

In Dublin wurden am Dienstag von den Behörden des Freistaates 7 Mann hingerichtet, nachdem das Kriegsgericht sie verurteilt hatte. Sie gehörten zum Trupp von zehn Mann, die vor einiger Zeit Attentate verübten, um den Verkehr auf den großen westlichen und südlichen Eisenbahnlinien zu stören. Sie rissen die Schienen auf und plünderten Güterzüge.

Brotpreisermäßigung — in Italien.

Aus Rom wird gemeldet: Durch ein Dekret des Finanzministers wurde der Getreidezoll von 11,5 auf 4 Goldlire herabgesetzt. Durch diese Maßnahme wird eine Senkung des Brotpreises um 20 Prozent erreicht.

Der neue chinesische Ministerpräsident.

Aus Peking wird gemeldet: Die Abgeordnetenversammlung hat die Ernennung des bisherigen Kriegsministers Tschang-Chou-Leng zum Ministerpräsidenten genehmigt.

Wacht in der Stunde der Gefahr

Die Londoner Konferenz für Brüssel wurde gewissermaßen eingeleitet mit den vorzeitig in die Öffentlichkeit gedruckten Elise-Drohungen Vincars, einer klaren Bestätigung des Darlehen Geheimnisses. Als dann die Londoner Konferenz an dem etwas gar zu stark aufgetragenen Elsen Vincars scheiterte, der Vertagung andrängte, stütete derselbe Vincars, „er wolle gar keine weitere militärische Aktion an Rhein und Ruhr, er wolle nur wirtschaftliche Pfänder zu seiner Sicherheit“. Als nach dem Bekanntwerden des Vincars-Elise-Berichts die Gefahr einer Verschärfung der rheinischen Besetzung, die Gefahr einer weiteren Besetzung von Essen und Bochum in nächster Nähe gerückt zu sein schien, brauste man in heller Empörung in Deutschland in allen seinen Schichten und Klassen gegen diesen neuen Schwächheitsfranzösischen Eroberungsweg, als letzter wichtiger Schritt in diese Weise berechtigter nationaler Empörung bei einem Teile auch jene dumpe Kopplöslichkeit, die unter den Revolutions- und Feindbedrohungen seit 1918 in Deutschland ihr unheilvolles Wesen treibt. Als Vincars dann unter dem Druck der Verhältnisse und seiner Alliierten versuchte, die nach französische Brutalität mit seinen „wirtschaftlichen Pfändern“ zu veräußern und zu verkleinern, versiel ein großer Teil der deutschen Bevölkerung — und leider auch ein großer Teil der Bevölkerung der bedrohten Gebiete selbst — in den weiteren deutschen Fehler, die Gefahr als befeitigt anzusehen. „Die Angst ist unnötig gewesen, sie sei nur herausgeschrien worden durch die wilden Reden der französischen Presse.“

Das böse Spiel mit Vincars Pfändern und der wechselnden deutschen Kopplöslichkeit und Angst — versiert durch den Wirtschafts- und Finanzmarkt in Deutschland — war noch nicht ganz vorüber, zog nach in allen Bevölkerungsschichten seine verhängnisvollen Kreise, da spielte in diese Situation der amerikanische Sanierungsplan der kranken Europawirtschaft, zugleich ein amerikanischer Sanierungsplan Deutschlands hinein. Daß die milden amerikanischen Risse, die in ihrem Wesen einen kräftigen Appell an die Wirtschaftskräfte Frankreichs darstellten, auf einen erstarrenden Meiß Frankreichs unter Vincars Leitung hießen würden, war eigentlich eine Selbstverständlichkeit. Das traurige Spiel zwischen leichtsinniger Sorglosigkeit und dumpfer fatalistischer Kopplöslichkeit wiederholte sich in dem bedrückten und ausgemergelten Deutschland dieser Zeit. Eine wesentliche Verstärkung bei der großen politischen Frage gegenüber recht indifferenten Masse erhielt das traurige politische Situationsbild dieser Tage nach durch den Umstand, daß die Ruhrnieder und Finanziers der deutschen Revolution, die verschärften deutschen sozialistischen Strömungen, nun sich berechtigt glauben, auf ihre Art den amerikanischen Sanierungsplan zu vernichten, um so dem ihnen unbequemen bürgerlichen Kabinett Cuno Steine in den Weg zu legen zu können.

Derweilen ist Vincars bestrebt, dem amerikanischen Appell an französische Wirtschaftskräfte mit allen Mitteln der parlamentarischen Aufschüttung und schlaun diplomatischen Klünken den französischen Willen an eine strikte Aufrechterhaltung des Versailler Gewaltbittates entgegenzusetzen. Durch das teilweise Bekanntwerden der Unternehmung Vincars mit Weisfeldt ist inzwischen eine immer größer werdende Klarheit in die amerikanische Wirtschaftshoffnung gekommen. Diese Wirtschaft ist nicht aufgebracht auf den amerikanischen Willen, zu erster und einziger Arie Deutschland Hilfe zu bringen, die gefährdete deutsche Wirtschaft und deutsche Kultur zu retten, das ist nicht Zweck der Wirtschaft, sondern nur eine logische Folge der Durchführung des amerikanischen Planes — wenn Deutschlands Diplomatie und Deutschlands Wirtschaft sich nämlich vernünftigermaßen auf diese amerikanisch-angelsächsische Weltwirtschaft einstellen. Die amerikanischen Vorschläge sind nur — und das muß immer wieder betont werden — eine ernste Unterredung der amerikanischen Wirtschaft als Vertreterin der angelsächsischen Weltwirtschaft an Frankreich, endlich im Interesse der Europa wie der Weltwirtschaft wirtschaftliche Verträge anzunehmen.

Der geschäftstüchtige Amerikaner, der sich hier mit dem Londoner Citymann einig wird, würde aus hellem Gasse aufstehen, würde man ihm allen Ehren unterstellen, er wolle aus Gefährdungen der deutschen Wirtschaft und der deutschen Kultur die Schäden des verlorenen Krieges abnehmen. Als Vertreter der angelsächsischen Weltwirtschaft, im ausgedehnten Gegensatz zum Vincars-Elise-Plan, als ein einziger und allein — und zwar nicht

Wandlungen im Faschismus.

Von besonderer Seite.

direkt, sondern nur als Folgebewirkung seines Vor-
gehens gegen Frankreich — Deutschland die Ge-
legenheit, die starke Friedenswaffe über der ge-
schliffenen Degen der angelsächsischen Weltwirtschaft
auf dem Kontinent zu sein. Vorläufig ist der
amerikanische Vorschlag an Frankreich einseitig auf
eine wirtschaftliche Ruhezumkehrung Deutschlands für
die Interessen der angelsächsischen Weltwirtschaft;
zeigen sich Frankreichs Ohren diesem Vorschlag zur
unabhängigen Wirtschaftsverantwortung taub, so würde
nach einer unausweichlichen Welle weiterer Drang-
saktionen Deutschlands durch Frankreich als Folge
der Ablehnung dieses Vorschlages, sicher die zwei-
te Möglichkeit für Deutschland in nicht allzu ferner
Zeit erwachen, der Degen für die angelsächsischen
Weltwirtschaft auf dem Kontinent zu sein. Es
muß, vom deutschen Interesse aus, rundweg aus-
gehen, werden, daß ein im letzten Kaiserlichen Deutsch-
land selbstbestimmter nationaler Wille das Anstren-
gen, den angelsächsischen Degen auf dem Kontinent
zu spielen, rundweg, und zwar mit Entrüstung,
abgelehnt hätte. Das heute uns nur die zwei
Möglichkeiten offenstehen, entweder dies zu tun,
oder im sozialistischen Sumpf ein ruhmbüßendes Ende
zu finden, ist die Folge der deutschen Revolution von
1918. Die Folge des unglückseligen Waffen-
stillstandes von Compiègne. Es hat zur Stunde
keinen Zweck, darüber trübselige Betrachtungen an-
zustellen, die Väter, Durchführer und Nutznießer
dieser Wandlungen mögen dies mit ihrem Bewußt-
sein, wobei es nationalen Regungen zugänglich, ab-
messen.

Realpolitisch stehen die Dinge so, daß kein Mensch
wissen kann, welchen baldigen Erfolg der angelo-
sächsische Vorschlag gegen Poincarés Politik haben
wird. Poincarés wirtschaftliche Pläne — bei
einer Ablehnung der amerikanischen Vorschläge —
sind ein ebenso schwerer Dolchstoß gegen die deutsche
Wirtschaft, wie seine angeblich aufgegebenen und
nicht mehr aufgegebenen Pläne. Der offene Krieg durch das
besetzte Rheinland geht, weiß die Vorbereitung der
Frankreichs zu neuen wirtschaftlichen und politis-
chen Drangaktionen Deutschlands richtig einschätzen.
Andererseits muß aber mit allem Nachdruck
herausgehoben werden, daß die diplomatische Ein-
stellung des neuen deutschen Kabinetts Cuno als
eine äußerste Gefährdung, den Erfordernissen der
Stunde angemessene zu bezeichnen ist. Es bedarf
keiner Erklärung, daß bei einer Wahl zwischen
dem angelsächsischen und französischen Vorschlag,
der angelsächsischen mit seiner Wirtschaftsverantwortung
vorzuziehen ist. Es handelt sich in der deutschen
Staatspolitik darum, Deutschland der angelsächsischen
Weltwirtschaft als ein brauchbares Mittel darzu-
stellen, ein Mittel, bei dem es auch selbst noch er-
gänzen und sich weiter entwickeln kann.

Das ist allerdings gegenüber dem Urwesen der
früheren Wirtschaft ein Systemwechsel an
Sinn und Gehalt. Und in diesem Systemwechsel
liegt auch die bewusste, parteipolitische Sabotage
der Sozialdemokratie gegenüber den Handlungen
des deutschen Kabinetts in diesen Stunden be-
gründet. Wir warnen vor übertriebenen Hoffnun-
gen, wir warnen aber auch vor den Gefahren, die
angesichts des Poincaréschen Drangschrittes in
den gegenwärtigen kurzfristigen, parteipolitischen
Zwecken der Sozialdemokratie liegt.

Die Ermäßigung der Ausfuhrabgabe.

Von unserem volkswirtschaftlichen Mitarbeiter.

Der Ausfuhrabgabenausschuß des vorläufigen
Reichsausschusses hat vor einigen Tagen be-
schlossen, die seit dem 3. September 1932 in Kraft
befindlichen Zuschläge von 30 bzw. 60 Prozent
mit Rücksicht auf die Lage des Ausfuhrabgabes
für zahlreiche Waren wieder abzuhängen. In
sachverständigen Kreisen wird dazu erklärt, daß es
sich hier um eine Maßnahme handelt, die in der
Gegenwartigkeit auf eine rückläufige Bewegung der
Inflation zurückzuführen wäre. Nach dem Fest-
schlagen der Hoffnung auf ein plötzliches Eingreifen
Amerikas, nach der abermaligen, ziemlich raschen
Erholung der Devisenkurse, wird man nun an-
nehmen müssen, daß der erwähnte Beschluß des
Ausfuhrabgabenausschusses des Reichsausschusses
nicht wohl rätig gemacht werden dürfte.
Dies wird wohl kaum der Fall sein, und kann auch

Die Nachricht, daß in Turin zwischen Faschisten
und Kommunisten Zusammenstöße stattgefunden ha-
ben, bei denen 11 Personen getötet und zahlreiche
verwundet worden sind, zeigt, daß Mussolini noch
nicht alle Schwierigkeiten überwunden hat, und daß
der Faschismus noch immer nicht siegreich über sei-
ne Feinde triumphiert. Die Stadtverordneten-
wahlen in Mailand haben zwar einen Sieg über
den Sozialismus errufen gebracht, da die
Stadt die Forderung aller der Elemente ist, die im
Kampf mit dem Völkertum liegen, nämlich der
Anarchisten, der Sozialisten und der Kommu-
nisten. 74 Prozent Wahlbeteiligung und ein Über-
gewicht von mehr als 21.000 Stimmen als alle
sozialistischen Parteien zusammen, das will viel be-
deuten. Und dennoch der erwähnte Zusammenstoß
in Turin, dennoch die eifrigen Straßenschläge und
blutigen Schlägereien. Einmal hier, einmal dort
in ganz Italien.

Wenn also der Sozialismus nicht schweigt, so
sagt es noch weniger um die Faschisten, beson-
ders die Subalternen, die heute alles auf eine Karte
setzen, da sie sich sagen, daß sie bei einem dauer-
haften Sieg der Faschisten vor die Wahl gestellt wer-
den, entweder vollkommenen Stillstand zu werden,
das heißt, ihre nationale Eigenart restlos aufzu-
geben, oder aber zugrunde zu gehen. Kompromisse
gibt es da nicht, und sie werden auch von keiner
Seite aus verdrängt. Auch den Deutschen in
Südtirol ist es bisher unter der Faschisten-
herrschaft nicht sehr wohl ergangen, und sie sehen
der Zukunft nicht gerade mit Freuden entgegen,
einer Zukunft, die unter Umständen für sie eben-
falls den Verlust des letzten Restes deutscher Eigen-
art bedeuten kann, eine Tatsache, die der südtiroler
Deutsche, der seine Nationalität von jeher mit
eiserener Energie verteidigt, nicht leicht hinnimmt. Von

gar nicht der Fall sein, da es für den Export das-
selbe ist, ob die Devisenkurse steigen oder ob die
Währung und die Preise für die Rohstoffe um
Hundertprozent sinken. Der Export ist immer mehr
dem Weltmarktpreis angeschlossen. Das letztere ist schon
seit geraumer Zeit der Fall, und während die
Kaufkraft im Innern sinkt, sinkt auch das
Interesse des Auslandes an den deutschen Waren,
die zum Teil sogar schon teurer sind als die ge-
richtigen Produkte aus ausländischen Ländern für viele
Exportindustrien. Daraus ergibt sich für viele
Werke, verschiedene hat ihre Schließung bereits
erklärt. Durch eine Ermäßigung der Ausfuhrabgabe
ist hier natürlich vorübergehend abgeholfen, wobei
die Gefahr besteht, daß bei einem neuen, unvorher-
gesehenen Marktschwund wieder zu einer Erhöhung
der Ausfuhrabgabe führen wird, da man noch
immer nicht das System gefunden hat, das eine
gerechte Besteuerung verspricht. Die Wahrscheinlich-
keit, daß es einmal gefunden wird, ist natürlich
höchst gering, wie ja überhaupt die Ausfuhrabgabe
ein unmoralisches Mittel ist, das stets als Preis-
empfinden werden wird.

Deutschland und Australien.

Von unserem außenpolitischen Mitarbeiter.

Um die Degebenheiten haben die Faschisten für
das australische Parlament statgefunden. Wir
Deutsche in unserer Not haben es uns leider voll-
kommen abgeben, uns zu klammern um die Dinge,
die weit draußen vor sich gehen, anstatt gerade
die entgegenstehende Forderung zu ziehen und uns
klar zu machen, daß es wohl nur von der Ent-
wicklung draußen zu vollkommen abhängt, es
für uns doppelt notwendig ist. Meinungsstärkung,
so weit sie für uns von Bedeutung werden könnten,
sorgfältig im Auge zu behalten. Und das ist in
Australien in hohem Maße der Fall, wo der
heutige Ministerpräsident Hughes mit gerade-
aus parlamentarischer Gewalt geherrscht hat. Er war
ein früherer Vorkämpfer des Sozialismus, mit dessen
berühmter Kriegspolitik er durch die Welt und Dün-
ken. Sein politischer Weg hat ihn von der Ver-
treterpartei zum extremen Nationalismus geführt.
Die Arbeiterpartei ist um seiner Person willen
ausgeschieden, und in ihrer linken Hälfte ist
dominierend geworden. Er hat sich dadurch nicht
irre machen lassen und hat den Weg einseitiger
antidemokratischer Politik bis jetzt weiter verfolgt. Noch
heute haben dann Herrn Hughes die Deutschen in
Australien kein Niederlassungsrecht, wenn es
nach ihm ginge, dann wären sie die Parasiten unter
den Völkern gewesen, obwohl — über die Politik
gerade weil! — die Australier sich gerne in das
warmer Rest unserer Südpazifikkolonien gesetzt ha-
ben. Die Wahlen haben keine Mehrheit befähigt.
Er hat zwar noch die stärkste Partei hinter sich,
aber seine brutale Regierungsmethode haben ihm
im eigenen Lande so viel Falsches eingebracht, daß

einem Widerstand der Deutschen zu rehen, wäre
natürlich Unsinn; sie sind noch, wenn übertriebene
Forderungen in Frieden lassen und Auswüchse der
faschistischen Bewegung (wie die Bürger nicht wehr-
los dem Raub und der Plünderung preisgeben.

Unwüchse des Faschismus, so muß man nämlich
jenseits der Bewegung unter den Angehörigen Mussolinis
bezeichnen, die sich über die Ideale ihres Führers
ganz hinwegsetzen und nur in Gewalttaten eine Be-
friedigung finden. Es bereitet sich hier, wenn auch
unmerklich, ein Trennungsgang vor, um die schwa-
chen von den weichen Schichten zu trennen. Es ist
ein Weg in der sozialpolitischen Entwicklung, daß
eine Macht, die zur Herrschaft gelangt, nicht ein-
heitlich bleibt, sobald sie den Sieg errungen hat.
Diesem Gesetz muß sich auch der Faschismus fügen.
Ferner muß man an die Anhänger d'Annunzio's
denken, an jene, die heute alle unzufriedenen Ge-
mente innerhalb und außerhalb des Faschismus unter
ihren Fahnen vereinen. Männer, die ebenfalls den
nationalen Gedanken vorantreiben, ihn aber von
einer völlig irigen Seite ausführen und sich
in einem unheimlichen Imperialismus und einer ver-
derblichen Individualität alles nicht Italieni-
schen austoben.

Das ist auch eine Wandlung des Faschismus.
Wiewohl schließlich noch ein Blick auf die übrigen
Staaten Europas, wo der Faschismus dieselben drei
Erscheinungen hervorgerufen hat, wie im eigenen
Land, nämlich den nichtbeständigen Faschismus, der
der Herrschaft, hat zum Aufstieg, zur Trennung,
hat zur Einheit führt, und auf der anderen Seite
eine Erklärung des nationalen Gedankens in ver-
einigen reiner Form. Das letztere finden wir in eini-
gen Teilen Deutschlands, das erhob in Polen, wo
ein Mann, der mit vernünftigen Anschauungen
die Hände nach dem Staatsruhr ausstreckte, einem
Muschelmörder zum Opfer fiel.

Seine der anderen Parteien mit ihm arbeiten will;
und wenn es gelingt, einen neuen Regierungss-
chloß aufzubauen, dann wird das vorläufig nur möglich sein
unter der Voraussetzung, daß Hughes verbleibt.
Wir freuen uns dessen, denn mit ihm ver-
schwindet der Rest der Kriegspolizei, und sein
Nachfolger wird hoffentlich sehr rasch dazu über-
gehen, die Ausnahmemaßnahmen gegen die Deutschen ab-
zubauen, so daß der friedliche Weltkampf auch in
Australien wieder einsetzt.

Die Abänderung des Umsatzsteuergesetzes.

Von Hans-Joachim und mit geschriebener.

Gegen den Plan der Erhöhung der Umsatzsteuer
auf 2½ Proz. und den Antrag des Deutschen Städte-
bundes, den Umsatzsteuer zu erhöhen, hat
der Hansa-Bund unter Hinweis auf die katastro-
phale Preissteigerung und die Überlastung der
Wirtschaft mit Steuern Einspruch erhoben. Ange-
sichts der ständig steigenden Lebenshaltungskosten
bleibt der Hansa-Bund in der Umsatzsteuer
die wichtigste Steuerform, die für die Wirtschaft
auf Ertrags- und Vermögenssteuern der Steuerpflichtigen
nehmen kann. Geringfügig weicht der Hansa-
Bund auf die Tatsache hin, daß die von den Konsum-
vereinen beantragte Umsatzsteuererhöhung der Ge-
winnsteuern den Reich einen Steuerausfall von
5 bis 6 Milliarden Mark auf Kosten von Handel,
Gewerbe und Industrie verursachen würde. Der
Hansa-Bund hat sich deshalb mit einer dringenden
Eingabe an alle bürgerlichen Fraktionen des
Reichstages gewandt.

Das Schulproblem in Oberschlesien.

Der Besuch des preussischen Kultusministers Voelck in
Oberschlesien hat erneut die Aufmerksamkeit auf die
Frage der Errichtung polnischer Schulen oder Schu-
lklassen in deutschgebliebenen Teil des Landes
gezogen.

Die Art wie der Minister sich zu dieser Frage ausge-
sprochen hat, bietet Genüge, daß alles getan wird,
um die Bestimmungen des Gesetz vom 2. März 1925,
nach dem polnische Schulen und Schulstellen eingerichtet
werden, wenn die entsprechenden Anträge gestellt werden. Die Dop-
pelregierung hat schon im August durch amtlichen Er-
lass an die zuständigen Stellen und durch unmittelbare Be-
sichtigung zur Einreichung solcher Anträge auffordern
lassen, hat auch selber wiederholt sich im gleichen Sinne
betont. Bisher sind Anträge nicht eingelaufen, und
es ist demnach polnische Schulen nicht errichtet
worden.

Unabhängig davon wird die Errichtung von Religions-
unterricht an die polnischsprachigen Kinder in ihrer Muttersprache
überall dort festgesetzt, wo solche Kinder vorhanden
sind. Aber es wird immer mehr offenbar, daß die pol-
nische Bevölkerung der Provinz Oberschlesien damit befriedigt
ist, wie sie ist und die Errichtung eigener Schu-

länge ermüdend, nicht zum mindesten durch das
Erwachen in unseren musikalischen Gesinnung verpönte
Tremolo des Zorns. Brahm's Angarische Tänze
in dieser Form ist nicht gerade fesselnd. Der starke
Alphons war wohl in erster Linie den wandernden
Dilettanten unseres Zupfgeigenalters zu ver-
danken.

Einige charakteristische Witzstücke mit quirlen-
der Lebhaftigkeit und feuriger Lebendigkeit voll-
endet ausgeführt sorgten für Abwechslung.

Dr. Schwermann.

Nachklang zum 5. Symphoniekonzert.

Städtischer Kapellmeister Schulz-Dornburg bittet
uns um Aufnahme nachfolgender Zeilen:

Zur Befestigung aller Mißverständnisse habe
ich zu erklären, daß ich die künstlerische
Verantwortung für das Programm im
vollen Bewußtsein meiner Aufgaben als Städt.
Kapellmeister ohne Einschränkung trage
— auch nach der berechtigten Ablehnung einer
allgemeinen Verwendung der Schloßkapelle
gruppe in dem (übrigens durchaus zu Ende
gespielten) Werke von Schulz.

Rudolf Schulz-Dornburg,

Städtischer Kapellmeister.

Wir freuen uns, durch diesen Brief zu er-
fahren, daß das Schulhofische Werk tatsächlich zu
Ende gespielt wurde. Da diese Konzertscheiter
darüber im Zweifel waren, wirkt diese nachträg-
liche Befestigung immerhin beruhigend und be-
friedigend.

Der Premierer. Unser Berliner Theaterreferent schreibt uns:
Der Besuch des Theater ist wieder ein volles Gange
gibt Premierer nach Premierer. Die Vorstellung experimentiert
gerum; sie findet nicht die passende Reiz für ihr Publikum.

len garnicht anreißt. Die polnische Presse führt die-
se Haltung in ihrer bekannten Weise natürlich
auf, daß die Polen eingeschüchtert wurden und An-
träge zu stellen nicht wagen dürften. Sie stellt den
deutschen Schulen im östlichen Teil Oberschlesiens dazu
in Gegensatz und verlangt immer wieder, daß die pol-
nischen Schulen nur polnische Schulen zulassen sollen,
wie es polnische in West-Oberschlesien gibt, wobei sie ganz
außer Betracht läßt, daß in West-Oberschlesien die
Polen der Polen nur etwa 10 Prozent der Be-
wohner in Ost-Oberschlesien ausmacht.

In Wirklichkeit kann dieses Schulproblem in den be-
tr. Teilen des Landes überhaupt nicht in Betracht ge-
bracht werden. Es wird immer klarer, daß die Dinge in
dieser Frage tatsächlich so liegen, wie immer der Bericht
nirgendwo behauptet haben. In Ost-Oberschlesien ist das
Problem der deutschen Schule und damit das ganze Unter-
schichtproblem das einer fasten kulturellen Ober-
schicht, die klar eintritt, daß ihre Kultur um Jahr-
zehnte zurückgefallen ist, wenn sie ihre deutsche
Schule nicht erhält und an deren Stelle die polnische tritt.
In West-Oberschlesien ist das Schulproblem und damit eben-
falls das ganze Unterchichtproblem das einer (schwach
kulturellen) Unterschicht, die klar erkennt, daß die
Verbreitung der deutschen Sprache in Schulen die ein-
zige Möglichkeit zum Aufstieg zu einer bessern
Kultur bietet und sie deshalb garnicht daran denkt,
von sich aus den Erfolg dieser Schulen durch die polnische
anzustreben.

Kleine Nachrichten.

Frankfurt 20. Dez. An der Universität fand eine
Protestkundgebung gegen die Beschlüsse der
Fakultät der deutschen Rheinlands statt. Die ver-
samelten Professoren und Studenten der Universität ge-
genüber einer Entscheidung, allen Lehrplänen entgegen-
über zu setzen, wurden aufgeführt. Die deutschen Kommuni-
sten wurden aufgeführt, fast zu Tausenden im Kampf um
ihre Freiheit. Die einmündige Partei steht mit dem
Willingen der Nationalsozialisten.

Berlin 20. Dez. In der gestrigen außerordentlichen
Sitzung der Berliner Stadtkommission wurde die
Vorlage über eine besondere Steuer auf Abfallmüll be-
achtet (die sogenannte Abfallmüllsteuer) gegen die Stim-
men der Sozialdemokraten, nach dem Vorschlag des Aus-
schusses abgelehnt.

Berlin 20. Dez. Ein Korrespondenzbeleg aus
Paris, daß der Reichspräsident die Ernennung der
des Reichspräsidenten auf die Berliner Staatskanzlei
haben abgelehnt.

München 20. Dez. In Kaiserlautern ist eine höhere
technische Staatslehranstalt eröffnet worden.
Wien 20. Dez. In Baden bei Wien ist gestern der
frühere Generaloberst Arthur Freiherr von Wolf-
rath im 85. Lebensjahre gestorben. Er war 27 Jahre
lang Generaladjutant und Chef der Militärkanzlei des Kaisers
Franz Josef und hatte als solcher großen Einfluß.

Strasbourg 20. Dez. Der Rhenanischer Handels-
bündler teilte dem Reichspräsidenten mit, daß
er in Erinnerung der Arbeit des Reichspräsidenten
den Reichspräsidenten entsprechenden Betrag von 122.423
Mark Kronen zur Verfügung stellt, der Rhenanien zugewidmet
werden soll.

Paris 20. Dez. Die bekannte Schauspielerin Sarah
Bernhardt vom Theater du Châtelet VII. ist ebenfalls
verrannt. Eine Generalprobe zu einem Stück, in dem sie
eine Hauptrolle spielte, mußte abgelehnt werden. Die
Erkrankung ist bereits im 85. Lebensjahre.

London 20. Dez. Neuer meldet aus Johannesburg:
Die letzten drei der Teilnahme an der Volks- und
geleit angedachten Personen, die zum Tode verurteilt
worden. Die südafrikanische Regierung hat den General-
auditorium gesehen, daß sie keine Überzeugungen
mehr entgegen.

Industrie, Handel, Verkehr.

1 Dollar am 20. Dez. 6670 Mark.

(Nach der amtlichen Berliner Notierung) 19. 7294

(Nach der amtlichen Berliner Notierung) 19. 7294

(Nach der amtlichen Berliner Notierung) 19. 7294

(Nach der amtlichen Berliner Notierung) 19. 7294

(Nach der amtlichen Berliner Notierung) 19. 7294

(Nach der amtlichen Berliner Notierung) 19. 7294

(Nach der amtlichen Berliner Notierung) 19. 7294

(Nach der amtlichen Berliner Notierung) 19. 7294

(Nach der amtlichen Berliner Notierung) 19. 7294

(Nach der amtlichen Berliner Notierung) 19. 7294

(Nach der amtlichen Berliner Notierung) 19. 7294

(Nach der amtlichen Berliner Notierung) 19. 7294

(Nach der amtlichen Berliner Notierung) 19. 7294

(Nach der amtlichen Berliner Notierung) 19. 7294

(Nach der amtlichen Berliner Notierung) 19. 7294

(Nach der amtlichen Berliner Notierung) 19. 7294

(Nach der amtlichen Berliner Notierung) 19. 7294

(Nach der amtlichen Berliner Notierung) 19. 7294

(Nach der amtlichen Berliner Notierung) 19. 7294

(Nach der amtlichen Berliner Notierung) 19. 7294

(Nach der amtlichen Berliner Notierung) 19. 7294

(Nach der amtlichen Berliner Notierung) 19. 7294

(Nach der amtlichen Berliner Notierung) 19. 7294

(Nach der amtlichen Berliner Notierung) 19. 7294

(Nach der amtlichen Berliner Notierung) 19. 7294

(Nach der amtlichen Berliner Notierung) 19. 7294

(Nach der amtlichen Berliner Notierung) 19. 7294

(Nach der amtlichen Berliner Notierung) 19. 7294

(Nach der amtlichen Berliner Notierung) 19. 7294

(Nach der amtlichen Berliner Notierung) 19. 7294

(Nach der amtlichen Berliner Notierung) 19. 7294

(Nach der amtlichen Berliner Notierung) 19. 7294

(Nach der amtlichen Berliner Notierung) 19. 7294

(Nach der amtlichen Berliner Notierung) 19. 7294

(Nach der amtlichen Berliner Notierung) 19. 7294

(Nach der amtlichen Berliner Notierung) 19. 7294

(Nach der amtlichen Berliner Notierung) 19. 7294

(Nach der amtlichen Berliner Notierung) 19. 7294

(Nach der amtlichen Berliner Notierung) 19. 7294

(Nach der amtlichen Berliner Notierung) 19. 7294

(Nach der amtlichen Berliner Notierung) 19. 7294

(Nach der amtlichen Berliner Notierung) 19. 7294

(Nach der amtlichen Berliner Notierung) 19. 7294

(Nach der amtlichen Berliner Notierung) 19. 7294

(Nach der amtlichen Berliner Notierung) 19. 7294

(Nach der amtlichen Berliner Notierung) 19. 7294

(Nach der amtlichen Berliner Notierung) 19. 7294

(Nach der amtlichen Berliner Notierung) 19. 7294

(Nach der amtlichen Berliner Notierung) 19. 7294

Kunst und Wissen.

Stadttheater Bochum.

Wida.

Die Theaterleitung erfüllt durch die Wieder-
aufnahme der im Vorjahre mit starkem Beifall
aufgenommenen Wida in dem Spielplan einen
hohen Wunsch der Mehrheit unserer Theaterbe-
sucher. Die treffliche Inszenierung und geschmack-
volle Ausstattung durch den verstorbenen Franz
Wannschke steht noch in bester Erinnerung. Die
pomphafteste Handlung und Aufmachung tun mit
den musikalischen Schönheiten ein übriges, eine
nicht geringe Zahl gutbesuchter Vorstellungen zu
garantieren.

Die Aufführung zeigte in der Rollenbesetzung
einige Veränderungen gegen das Vorjahr. Trotz drei
eigener Wertreiterinnen der Titelfigur hatte man
sich wieder einen Guts herholen müssen. Die hier
noch gut bekannte Maria Bösl warnte mit einem
dramatisch stark eindringlichen Spiel auf. Auch
geianglich befriedigte sie, namentlich in den letzten
Akten, hohe Uniprache und hatte vereinzelt stimm-
lich wunderbare Momente. Else Dröhl-Saff-
traf musikalisch wie darstellerisch als Amneris den
überzeugenden Ton der liebenden, höflichen Rollen
Ringschöcker. Paul Bösch erntet sich als
Rhodameus in seiner durch nicht gerechtfertigten
billig unangenehmen starken Longebue abhüllt
nicht in dieses sein abgelebte musikalische Milieu.
Diesem Sänger scheint mit der Zeit die Kontext
— ohne Rücksicht auf Bereinigung und Schönheit
in gänzlich richtiger Beobachtung der jeweiligen Stim-
mung und ihrer Forderungen ein und alles zu
sein. Ein Selbstentworfene, der sich bitter rügt.

Eine Leistung, die in allem gewaltig übertrifft,
hat Imre Udori in der Rolle des Methusalem.
Was hier vielleicht dem Spiel an Gestal-
tungsart und Witzhaftigkeit noch mangelt, ersetzt
die trefflich kaskadierten Ausdrucksformen des
breit strömenden, leuchtend geäußerten Organs, das
zu wunderbarer Schönheit sich entfaltet. In ge-
wohnter Weise erfreute man sich an Robert von
der Linde als Oberpriester, Wilhelm Triello
als König und Otho Richter als Priester.
Die Tonreinheit und Lebendigkeit der Chöre auf
und hinter der Szene war ein nicht allfälliger
Genuss. Im Park wartete mit der an ihm be-
kannten Eingabe und intensiven Gestaltung Wil-
helm Grünmer. Diese vorübergehende Plastik,
diese glühende Erregung gelangt nur einem durch
und durch musikalischen, erlebten Dirigenten. Der
bereinigte Beifall löste die Erinnerung an das
Glas des Morgens in gleichem Maße wieder
aus.

Balalaika-Orchester.

Unter einem anderen Dirigenten, G. Wal-
liem, stellte sich im vergangenen Vereinshaus das
Großrussische Balalaika-Orchester mal wieder vor.
Die treffliche Disziplin der Orchestermitglieder steht
noch auf der höchsten Stufe, die Wiedergabe er-
folgt noch in der gewohnten lauberen Korrek-
theit. Der Dirigent bemüht sich auch mit Erfolg
um eine künstlerische Gestaltung des Gesungenen
und erreicht eine hohe dynamische und rhythmische
Wirkung. Aber auch in dieser Vollendung
wird uns die ganze Art auf die Dauer nicht
sonderlich schmecken. Das liegt weniger an der
uns fremden, lebendigen Art der russischen
Kompositionen als an dem Klangcharakter der In-
strumente. Schon nach kurzer Zeit wirken die
wenig abwechslungsreichen und nicht farbreichen

Der Premierer. Unser Berliner Theaterreferent schreibt uns:

Der Besuch des Theater ist wieder ein volles Gange

gibt Premierer nach Premierer. Die Vorstellung experimentiert

gerum; sie findet nicht die passende Reiz für ihr Publikum.

Der Premierer. Unser Berliner Theaterreferent schreibt uns:

Der Besuch des Theater ist wieder ein volles Gange

gibt Premierer nach Premierer. Die Vorstellung experimentiert

auf dem Effektiv-
haltung durchzuführen,
erläutert bei weiter-
gerichte blieb die
guten gelte sich

Berliner

Bankkassen

Bankkassen

Bankkassen

Bankkassen

Bankkassen

Bankkassen

Bankkassen

Bankkassen

Bankkassen

Bankkassen

Bankkassen

Bankkassen

Bankkassen

Bankkassen

Bankkassen

Bankkassen

Bankkassen

Bankkassen

Bankkassen

Bankkassen

Bankkassen

Bankkassen

Bankkassen

Bankkassen

